

Artikel 14

(1) Eine konsularische Amtsperson ist persönlich unverletz-lich und genießt Immunität vor der Straf- und Zivilgerichts-barkeit des Empfangsstaates und unterliegt nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates.

(2) Ein Mitarbeiter des Konsulats genießt Immunität vor der Straf- und Zivilgerichtsbarkeit und unterliegt nicht staatlichen Zwangsmaßnahmen des Empfangsstaates in bezug auf Handlungen, die in Wahrnehmung dienstlicher Aufgaben vor-genommen wurden.

(3) Wird gegen einen Mitarbeiter des Konsulats ein Straf-verfahren eingeleitet oder wird er vorläufig festgenommen, verhaftet oder einer sonstigen Beschränkung seiner persön-lichen Freiheit unterworfen, so verständigen die zuständigen Organe des Empfangsstaates unverzüglich den Leiter des Konsulats.

(4) Wird gegen einen Mitarbeiter des Konsulats ein Straf-verfahren eingeleitet, so ist es in einer Weise zu führen, die die Wahrnehmung der konsularischen Aufgaben möglichst wenig beeinträchtigt

(5) Die Bestimmungen in Absatz 1 und 2 gelten nicht für Zivilklagen gegen Angehörige des Konsulats,

1. die durch die von ihnen abgeschlossenen Verträge her-vorgerufen werden, bei deren Abschluß sie nicht direkt oder indirekt im Auftrag des Entsendestaates auftreten;
2. die eine dritte Person bei Schäden anstrengt, die durch einen mit Verkehrsmitteln verursachten Unfall im Emp-fangsstaat hervorgerufen wurden;
3. in Nachlaßsachen, in denen sie in privater Eigenschaft und nicht im Namen des Entsendestaates als Testaments-vollstrecker, Nachlaß Verwalter, Erbe oder Vermächtnis-nehmer auftreten.

(6) Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend für einen Familien-angehörigen eines Angehörigen des Konsulats.

Artikel 15

(1) Ein Angehöriger, des Konsulats kann von den Gerichten oder anderen zuständigen Organen des Empfangsstaates als Zeuge geladen werden. Er ist jedoch nicht verpflichtet, Aus-sagen über Angelegenheiten zu machen, die mit der Aus-übung seiner dienstlichen Funktion verbunden sind.

(2) Weigert sich ein Angehöriger des Konsulats, zur Zeu-genaussage zu erscheinen oder auszusagen, so dürfen gegen ihn keine Zwangsmaßnahmen oder Strafen angewendet wer-den.

(3) Die Gerichte oder anderen zuständigen Organe des Empfangsstaates, die die Zeugenaussage eines Angehörigen des Konsulats fordern, haben geeignete Maßnahmen zu tref-fen, damit dieser bei der Ausübung seiner Funktionen nicht behindert wird. Seine Aussage kann mündlich oder schrift-lich im Konsulat oder in der Wohnung eines Angehörigen des Konsulats entgegengenommen werden,

(4) Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für einen Familien-angehörigen eines Angehörigen des Konsulats.

Artikel 16

(1) Der Entsendestaat kann auf die in den Artikeln 14 und 15 festgelegten Privilegien und Immunitäten verzichten. Der Verzicht muß für jeden Einzelfall ausdrücklich schriftlich gegenüber dem Empfangsstaat erklärt werden.

(2) Erhebt ein Angehöriger des Konsulats, der Immunität vor der Gerichtsbarkeit genießt, eine Klage, so kann er sich in bezug auf eine Widerklage, die mit der Hauptklage in un-mittelbarem Zusammenhang steht, nicht auf die Immunität vor der Gerichtsbarkeit berufen.

Artikel 17

Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienange-hörigen sind im Empfangsstaat von öffentlichen und persön-lichen Pflichtleistungen jeglicher Art befreit.

Artikel 18

Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienange-hörigen unterliegen nicht den Verpflichtungen, die sich aus den Rechtsvorschriften des Empfangsstaates über die Melde-pflicht und den Erwerb einer Aufenthaltsberechtigung für Personen ergeben, die nicht Staatsbürger des Empfangsstaates sind.

Artikel 19

(1) Der Empfangsstaat erhebt keinerlei staatliche, regionale und kommunale Steuern oder sonstige Abgaben für

1. die Konsularräumlichkeiten, die Residenz des Leiters des Konsulats und die Wohnungen der Angehörigen des Kon-sulats, wenn sie vom Entsendestaat erworben oder in dessen Namen gemietet wurden oder von ihm genutzt werden; das gilt auch für den Erwerb der genannten Immobilien, wenn der Entsendestaat diese ausschließlich für konsularische Zwecke erwirbt;
2. den Erwerb, das Eigentum, den Besitz oder die Nutzung von beweglichem Vermögen durch den Entsendestaat aus-schließlich für Zwecke des Konsulats.

(2) Absatz 1 gilt nicht für die Bezahlung von Dienstleistun-gen.

Artikel 20

(1) Ein Angehöriger des Konsulats und seine Familienange-hörigen sind von allen staatlichen, regionalen und kommuna-len Steuern oder sonstigen Abgaben befreit; ausgenommen hiervon sind

1. indirekte Steuern und Abgaben, die normalerweise im Preis von Waren und Dienstleistungen enthalten sind;
2. Steuern und sonstige Abgaben von privatem, im Emp-fangsstaat gelegenen unbeweglichen Vermögen;
3. Erbschaftssteuern und Abgaben vom Vermögensübergang in bezug auf Vermögen im Empfangsstaat;
4. Steuern und sonstige Abgaben von privaten Einkünften, deren Quelle sich im Empfangsstaat befindet, sowie von dort gelegnem Vermögen;
5. Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die für be-stimmte Dienstleistungen erhoben werden;
6. Eintragungs-, Gerichts-, Beurkundungs-, Beglaubigungs-, Hypotheken- und Stempelgebühren.

(2) Für bewegliches Vermögen eines verstorbenen Ange-hörigen des Konsulats oder eines seiner Familienangehör-igen werden staatliche, regionale und kommunale Steuern oder sonstige Abgaben für den Vermögensübergang insoweit nicht erhoben, als sich dieses Vermögen nur deshalb im Emp-fangsstaat befindet, weil sich der Verstorbene als Angehör-iger des Konsulats oder als dessen Familienangehöriger im Empfangsstaat aufhielt.

Artikel 21

(1) Der Empfangsstaat gestattet in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften die Einfuhr und gewährt Befreiung von Zöllen und sonstigen Abgaben, mit Ausnahme von Geb-ühren für die Aufbewahrung, Lagerung und den Transport, für

1. Gegenstände, einschließlich Kraftfahrzeuge, die für den dienstlichen Gebrauch des Konsulats bestimmt sind;
2. Gegenstände, die für den persönlichen Gebrauch einer konsularischen Amtsperson und deren Familienangehö-rige bestimmt sind.

(2) Ein Mitarbeiter des Konsulats und seine Familienange-hörigen genießen Befreiung, von Zöllen und sonstigen Ab-gaben bei der Einfuhr von Gegenständen, die für die Erst-einrichtung im Empfangsstaat bestimmt sind.